Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.
Postscheckkonto Hannover 5796.

für Stadt und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29-31.
Fernruf Nr. 83 und 151.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: ¼ jährlich 3,00 M., bei Postbezug 3,00 1. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit" 45 Pfg. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 30 Pfg., sonst 40 Pfg. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 68 — Herford, Freitag, den 21. März — 1919

Berliner Brief.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.

Berlin, 19. März.

Nach dem gestrigen sitzungsfreien Tage versammelten sich heute die Abgeordneten in außerordentlich stattlicher Anzahl. Das Haus war beinahe so stark besetzt, wie am Eröffnungstage. Veranlassung dazu gab der Umstand, daß der Antrag der Unabhängigen zwecks Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Vollzugsrates der A.- und S.-Räte, über die Unruhen in Berlin zur namentlichen Abstimmung stand. Seine Ablehnung war von vornherein gewiß, da außer den Freunden des Abg. Adolf Hoffmann keine andere Partei Neigung bekundete, den A.- und S.-Räten ein so weitgehendes (politisches) Recht einzuräumen. Mit 342 gegen 22 Stimmen entschied die Versammlung demgemäß. Einstimmig angenommen wurde dagegen ein Antrag der Mehrheitssozialisten und des Zentrums, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen und die Untersuchung auch auf die Unruhen in andern Orten des Reiches auszudehnen.

Mit der Bestellung eines Untersuchungsausschusses hat die Landesversammlung ihren ernsthaften Willen bekundet, über die aufrührerische Bewegung eine einwandfreie Klarstellung herbeizuführen. Es ist erfreulich, daß die Ruhe so schnell wieder hergestellt ist. Allzu weitgehender Optimismus für die Zukunft ist allerdings nicht am Platze. Die unterirdische Wühlerei derer, die sich zum Kommunismus, Anarchismus und Spartakismus bekennen, geht, wie Kundige behaupten, weiter und ist im Bau des Staates dem Wurmfraß vergleichbar. Wenn man nach der „Freiheit" gehen wollte, dann wäre der Tag nicht mehr fern, wo das ganze Gebäude zusammenstürzte. Wir glauben aber nicht, daß die Erwartungen der Kommunisten erfüllt werden, denn die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter ist so einsichtig, daß sie erkennt, wohin wir kommen, wenn nicht sehr bald Ruhe, Ordnung und Arbeit bei uns endgültig einkehren.

Gegen die Uebergriffe der polnischen Hochverräter richtete sich ein Antrag des Abg. Dr. von Kries und Genossen. Die Polen haben die Dreistigkeit gehabt, Abgeordnete zur preußischen Landesversammlung widerrechtlich zu verhaften. Leider hat die Regierung bisher nicht die nötige Tatkraft entfaltet, den preußischen Standpunkt den Frechlingen gegenüber zur Geltung zu bringen. Mit besonderer Schärfe hob das neben dem demokratischen Redner die Abg. Frau Poehlmann von der Deutschen Volkspartei hervor. Sie trat als erste Frau im Hause auf und sagte unter dem Beifall des Hauses die Mitarbeit der Frauen zu bei dem Wiederaufbau des Vaterlandes. Daß bei dieser Auseinandersetzung die Unabhängigen als Sachwalter der Polen auftraten, nimmt bei der Tendenz dieser Partei nicht Wunder, verdient aber festgehalten zu werden.

Den breitesten Raum in der heutigen Verhandlung nahm die Beratung der Notverfassung ein. Im Ausschuß ist die Frage des Staatspräsidenten entschieden im Sinne der Regierungsvorlage, d. h. also unter Wegfall einer eigentlichen Staatsspitze. Klar und deutlich ist in dem Gesetz zum Ausdruck gebracht, daß die Landesversammlung die Inhaberin der gesetzgeberischen und vollziehenden Staatsgewalt ist. Das ist das Bekenntnis der Souverinität des Volkes, dessen Verwirklichung kräftig und hörbar die neue Zeit einläutet. Wer sich auf diesen Standpunkt der wahren und echten Demokratie stellt, für den ist jeder Versuch, neben die Volksvertretung ein Räteparlament zu stellen, schlechthin unannehmbar und einfach unerörterbar. Mit seiner, geistreicher Polemik gegen die radikale Linke entwickelte Abg. Dr. Friedberg diese Auffassung der Deutsch-Demokratischen Fraktion. Mit Recht charakterisierte er das Rätesystem als eine äußerst rückschrittliche Maßnahme; denn Standesvertretungen als politische Körperschaften seien stets etwas Reaktionäres.

Aus dm Inhalt der Notverfassung seien besonders folgende Bestimmungen hervorgehoben:

Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten sind Untersuchungsausschüsse aus der Mitte der Landesversammlung einzusetzen, in denen die Parteien vertreten sein müssen, denen die Antragsteller angehören. Sämtliche Staatsbehörden sind verpflichtet, den Ausschüssen Auskunft zu geben.

Die bisherigen preußischen Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, insoweit ihnen dies Gesetz nicht entgegensteht. Dasselbe gilt von den bisher von der Staatsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Landesversammlung binnen einem Monat nach Verkündung dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist außer Kraft zu setzen, wenn oder insoweit die Landesversammlung dies beschließt.

Während der Zeit, in der die verfassünggebende Landesversammlung aus tatsächlichen Gründen nicht zusammentreten kann, ist die Staatsregierung, wenn die öffentliche Sicherheit oder die Beseitigung eines öffentlichen Notstands dies erfordert, befugt, Verordnungen, die den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft zu erlassen. Sie sind der Landesversammlung bei ihrem Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

Um 7 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Interfraktioneller Beamten-Ausschuß im Preußenparlament.

Zu einem erfreulichen Beschluß sind die politischen Parteien der preußischen Landesversammlung gekommen bezüglich der Behandlung von Beamten- und Lehrerfragen. Man hat sich auf die Einsetzung eines interfraktionellen Ausschusses geeinigt, in dem alle Parteien nach ihrer Stärke vertreten sind. Natürlich wird die Selbständigkeit der Fraktionen dadurch nicht eingeengt.

Es ist nicht zu verkennen, daß durch eine gemeinsame, sach- und sachkundige Beratung gerade von Beamten- und Lehrerfragen, den Beteiligten selbst der denkbar beste Dienst erwiesen wird, indem mehr Wert gelegt wird auf die Erzielung wirklicher Erfolge, als auf eine Wirkung nach außen hin. An Anträgen aller Art fehlt es heute bereits auch auf diesem Gebiete nicht und der interfraktionelle Ausschuß findet Arbeit in Hülle und Fülle vor.

Die Mitglieder der Deutsch-Demokratischen Fraktion in dem Ausschuß sind: Abg. Otto (Lehrer), Abg. Schmiljian (Oberstadtsekretär) und Abg. Höller (Eisenbahn-Gütervorsteher). K.

Spartakus als Massenmörder.

Der Streik der Seeleute.

Der „Vorwärts" meldet in einem Privattelegramm aus Hamburg: Zu dem Beschluß der Seemannsvereinigung wird dem „Hamburger Echo" mitgeteilt, daß die vom Seemannsbund einberufene Versammlung nicht ausschließlich von Seeleuten, sondern auch von Arbeitslosen anderer Berufe besucht war. Ebenso war das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft. Unter den an Bord der Schiffe befindlichen Seeleuten besteht jedenfalls eine starke Strömung gegen einen solchen Beschluß, der das ganze Ernährungsabkommen mit dem Verband in Frage stellen würde, denn die feindlichen Mächte sind entschlossen, sich die Schiffe eventuell mit Gewalt zu holen, wobei dann aber auf Lebensmittelsendungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen wäre. Auch die nautischen und technisch. Offiziersverbände sind, so schwer ihnen der Verlust der Schiffe fällt, von der Notwendigkeit der Ausfuhr überzeugt. Das „Hamburger Echo" weist darauf hin, daß die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute sich bereit erklärt hätten, eine genügende Anzahl von Seeleuten für die Besatzungen der Schiffe zu stellen. Hierzu bemerkt der „Vorwärts" u. a.: Das Vorgehen der Hamburger Spartakisten ist nur ein Teil des Planes, Deutschland derart zu zerstören, daß es nicht mehr imstande ist, sich gegen ihre Machtansprüche zu wehren.

Herford und Kurbrandenburg.

Eine Erzählung
aus der Geschichte der Stadt Herford
von G. König.

34 — Nachdruck verboten.

Eine zum Spähen ausgesandte Abteilung berittener Herforder Stadtsoldaten kam mit der Nachricht zurück, daß der Feind die Landwehr an beiden Schlagbäumen überschritten habe und die Bewohner der Feldmarken zum Teil ihr Vieh in den benachbarten Wäldern des Grafen von Lippe geflüchtet hätten. Herr von Ellern fand die Tore der Stadt geschlossen. Die Gräben mit Wasser hoch angefüllt. Die Wälle durch Soldaten und Bürger besetzt, welche bei Ansicht des Feindes ein mächtiges Geknalle anfingen, ohne allerdings dem Feinde damit den geringsten Schaden zu tun.

Auf diese Weise konnte man indessen dennoch die Staat nicht gewinnen. Das sah der brandenburgische Führer sehr bald ein. Eine lange Belagerung, welche auch die Abtei von der Außenwelt abschnitt, lag nicht dem Kurfürsten im Sinn. Ohnedies hatte dieser keine ernstliche Weigerung erwartet. Man beschoß sich gegenseitig mit Büchsen. Auf Seiten Herfords wurden die wenigen Geschütze, welche man ins Gefecht führen konnte, auf dem Renntorwalle aufgefahren. Damit wurden in kurzer Zeit eine Menge Steinkugeln nach dem Feinde geschleudert, so daß bei längerer Dauer der Belagerung bald Mangel an dieser Munition eingetreten sein würde, aber dem Feinde taten sie nicht weh. Wenn Meister Krone, der Geschützführer, ein Geschütz löste, so hielten sich die Herforder die Ohren zu und hatten einen Mordsspaß. Ebenso wenig praktischen Erfolg hatten aber die beiden brandenburgischen Geschütze, welche in schnell aufgeworfenen Schanzen aufgestellt worden waren. Eine der in die Stadt geworfenen Kugeln traf das Rathaus der Altstadt, andere einige Bürgerhäuser ohne weitere Folgen. Auch in die Abtei war eine Kugel gefallen, zwar in den Garten, ohne jeden Schaden, aber die Beamtenschaft und namentlich Richter Kleimann bestürmten die Aebtissin, die Bürgermeister zur Nachgiebigkeit aufzufordern, nötigenfalls mit Zwangsmaßregeln zu drohen. Der hohen Frau war die Gefahr, in welcher ihre Angehörigen schwebten, keineswegs angenehm. Ihre Bemühungen um die Nachgiebigkeit waren jedoch gänzlich ergebnislos. Die geringe Wirkung des mit weitaus ungenügenden Kräften unternommenen Angriffes hatte auch die Verzagten ermuntert. Auch Schmackepeper, welcher sich wieder etwas wohler fühlte, versuchte vergeblich seine Getreuen um sich zu scharen. Vorläufig fühlte Niemand Mangel. Seine Bemühungen scheiterten aber besonders an der Furcht seiner Anhängerschaft, sich von den Gegnern eine tüchtige Tracht Prügel zu holen. Mit dem Heldensinne von Dietrich Krone, Schlachter Hohmann, Wischmeier und deren Gesellen und Knechten, der durch die Ereignisse zur Siedehitze gediehen war, war nicht zu spaßen.

Rieke Giese hatte eine schwere Zeit durchgemacht. Sie war ganz niedergeschlagen. Alle ihren Angriffen zum Trotz war das Benehmen Albrechts ihr gegenüber sehr freundlich, aber doch kühl geblieben. Das war für Riekes glühendes Herz auf die Dauer nicht zu ertragen. Sie beschloß vom förmlichen Angriff mit Sappen, Parallelen und Aprochen zum Sturm überzugehen. Mit Eifersucht hatte sie längst erkannt wo sich das Hindernis befinde. Schon hatte sie Albrecht bei ihren vielen Besuchen in der Werkstatt, die sie sogar auf das Privatzimmer ausdehnte, mehr oder weniger deutliche Anspielungen gemacht, daß es in Herford eine strenge Abscheidung zwischen den Ständen gebe, daß sie sich aber an solche engherzige Klassengegensätze nicht kehren und nur nach der Wahl ihres Herzens sich richten würde.

„Kiek dat is hier in Hierwede sau, dat du ne lütke Börgersdochter niemen moßt, wenn du friggen wust. De Kreimers wit oll heuger rut. En Börgermester gifft siene Dochter keinen Annern, os en Suhnen van'n Rotshären, un vill Geld mot hei auk hewwen", sagte Rieke zu Albrecht und sprach nach einer Pause weiter: „Weißt du wall, dat de Börgermester Fürstenau siene Dochter Corvey tausägt hät?"

Albrecht erbleichte, sein Herz schlug krampfhaft. Nach einer Pause antwortete er: „Ick will gar nich friggen, dat hät keine Jele met mi."

Rieke war unzufrieden. Der Pfeil hatte gesessen. Das war es aber nicht, was sie wollte. Sie beschloß daher nun, den Hebel zur Abwechslung an anderer Stelle anzusetzen. Sie steckte sich hinter die Stiefmutter Annas, hinter Frau Martha. Diese war sofort im Bilde.

„Sühst du denn gar nich, wat met use Anna vörgeiht?", redete sie ihren Mann bei nächster Gelegenheit an. „Wüst du denn ganz bländ? Klausing kümt olle Dage hier in't Hus. Wust du diene Dochter den Mann, de nicks is un nicks hät annen Hals schmieten?"

Fürstenau erschrak. Ihm war es schon aufgefallen, daß Anna öfter ganz verweint aussah. Aber an so etwas hatte er nicht gedacht. Albrecht Klausing, dieser nette, anständig denkende, in allen Fasern seine Charakter, würde keine Heimlichkeiten mit seiner Tochter hinter seinem Rücken treiben, dessen war er sicher. Aber als Schwiegersohn war er ihm denn doch ganz undenkbar. Da mußte doch Vorsorge getroffen werden. Das leuchtete ihm ein.

Das wurde ihm aber auch sehr leicht gemacht. Seit dem Zusammentreffen im Garten der Aebtissin hatte Albrecht das Haus des Bürgermeisters nicht mehr betreten. Durch die Verteidigungsarbeiten hatte er so viel zu tun gehabt, daß seine Abwesenheit nicht auffallen konnte. Aber der wahre Grund lag tiefer. Sehr tief. Wenn er daran dachte, daß er in Gegenwart der Aebtissin seine geheimsten Wünsche hatte erkennen lassen und vielleicht der Geliebten Kummer bereitet hatte, dann war er aufs tiefste niedergeschlagen.. Hoffnungslos bekannte er sich immer von neuem wieder, daß Anna niemals die Seine werden könne und an die Erfüllung so gewagten Wunsches nicht zu denken sei. Der Vater, so gern er ihn als seinen Untergebenen leiden mochte, würde niemals die Vereinigung genehmigen. Darum hielt er sich fern und würde am liebsten so schnell als möglich Herford verlassen haben, wenn seine Gegenwart zur Zeit nicht unentbehrlich gewesen wäre. In der angestrengtesten Arbeit im Dienste der Stadt suchte er seine Ruhe wieder zu finden.

Fortsetzung folgt.

ren und nicht mit Unrecht wird man hinter solchen Vorgängen die russische Hand vermuten, der der deutsche Spartakismus nur als Werkzeug dient. Der Abschluß des Lebensmittelabkommens von Brüssel müßte daher den Spartakisten sehr unangenehm sein und in dem Hamburger Beschluß sehen wir einen letzten Versuch, seine Durchführung zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen hungern und müssen hungern, das ist das A und O der spartakistischen Politik. Mögen unsere Seeleute dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen, dann werden auch die Arbeiter aller Berufe erkennen, daß die Selbstvernichtungspolitik des Spartakismus und seiner unabhängigen Freunde ein gefährlicher Feind ist.

T.U. **Berlin,** 20. März. Der „B. Z." zufolge ist die Regierung entschlossen, dem Terrorismus des spartakistischen Deutschen Seemannsbundes, der die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus den deutschen Häfen verhindern will, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kräftig zu begegnen. Sie hat bereits Maßnahmen getroffen, um die arbeitswilligen Seeleute vor Gewalttätigkeiten zu schützen. — Die Kapitäne, sowie die nautischen und technischen Schiffoffiziere erheben Protest gegen den Beschluß des Seemannsbundes:

T.U. **Hamburg,** 20. März. Es haben sich im Verlaufe des Vormittags genügend Seeleute, die im Transportarbeiterverband organisiert sind, bereit finden lassen, sich auf den Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie anmustern zu lassen, so daß zwei Dampfer der ersten Staffel, welche amerikanische Truppen aus Frankreich abholen sollen, voll bemannt sind. Es sind dies die Dampfer „Patricia" und „Cleveland" der Hamburg-Amerika-Linie. Die Dampfer, deren Ausreise heute in Aussicht genommen war, konnten nicht auslaufen, da die Heizer und Trimmer der Dampfer erst den Beschluß der morgigen Versammlung abwarten wollen.

wtb. Bremen, 20. März. Um einer heute vom Seemannsbund einberufenen Versammlung von Bremer Seeleuten aller Chargen wurde beschlossen, die Schiffe auf keinen Fall an England auszuliefern, sondern sie nur ausfahren zu lassen, wenn die Besatzung die Zusicherung bekommt, daß die Mannschaft an Bord verbleiben dürfe.

hb. Berlin, 21. März. Nach Mitteilung des Seemannsbundes wäre die Reichsregierung durch Vermittlung einer amtlichen Stelle drahtlos ersucht worden, bei der Entente nochmals in der Besatzungsfrage vorstellig zu werden, um wenigstens zu erreichen, daß ein Teil der Besatzung an Bord bleiben könne. Der Lokal-Anzeiger erinnert daran, daß bereits am 23. Februar in einer Versammlung in Berlin der Vorsitzende des deutschen Seemannsbundes die Weigerung der Seeleute mit Lebensmittelschiffen auszufahren ankündigte. Er erklärte damals, es sei damit zu rechnen, daß die Leute ausfahren würden, sobald ihre Forderungen erfüllt wären und drohten bei Nichtbewilligung mit der Aufstellung bedeutend höherer Lohnforderungen.

hz. **Stettin, 21. März. In Stettin werden die auf Grund des Lebensmittelabkommens bestimmten Schiffe mit aller Beschleunigung fertig gemacht. Die Ausreise von sieben Frachtdampfern über 4000 Tonnen nach englischen und französischen Häfen erfolgt bereits in den allernächsten Tagen.**

Das besetzte Gebiet.

Köln, 20. März. Die Versorgungsmaßnahmen der britischen Militärbehörde für das von ihnen besetzte Gebiet haben, wie die J. T. A. erfährt, in gewissem Umfange bereits eingesetzt. Den Krankenanstalten wurden aus den militärischen Beständen Büchsenfleisch, Zwieback und andere Konserven geliefert, des weiteren wurden die Arbeiter und Angestellten größerer im Gebiet der Besatzungsbehörden liegender Fabriken mit Lebensmittel beliefert. Von nun an sollen die minderbemittelten Bevölkerungsschichten ebenfalls Nahrungsmittel erhalten. In Bonn z. B. wird auf den Kopf der Bevölkerung dieser Schichten wöchentlich zwei Pfund Büchsenfleisch drei Monate lang geliefert. Außerdem erhalten jene Orte, wo Kartoffelmangel herrscht, einige Pfund pro Kopf und Woche. Die Nahrungsmittel werden von der britischen Behörde zum Selbstkostenpreis abgegeben. Auf jeden Fall aber erreichen die Preise nicht die Höhe der Schleichhandelspreise, die dadurch erheblich zum Sinken gebracht werden dürften.

Aufhebung der Blockade.

hz. **Von der Schweizer Grenze, 21. März. „Echo de Paris" meldet aus London: Die englischen Schiffahrtslinien zeigen die Wiederaufnahme von Transporten nach deutschen Häfen für den ersten Mai an.**

Der kommende Friede.

hz. **Genf, 21. März. Wilson hatte am 16. März eine besondere Konferenz mit Clemenceau, Lloyd George und Orlando, in der nach offiziösen Mitteilungen französischer Zeitungen ein grundsätzliches Einvernehmen über die weiteren Friedensverhandlungen mit Deutschland erzielt wurden. Es scheint danach, daß auf die Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland endgültig verzichtet wurde, und daß die Grundlagen für einen wirklichen Präliminarfrieden ausgearbeitet werden sollen. Letzterer soll nicht nur die militärischen und maritimen Forderungen der Entente enthalten, sondern die Bedingungen für die Abgrenzung des deutschen Reiches, die finanziellen Bedingungen und die für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Auch die italienischen Gebietsfragen sollen darin geregelt werden. Es ist in Aussicht genommen, diese Friedenspräliminarien zuerst unter den vier verantwortlichen Regierungschefs festzusetzen und die Konferenz erst wieder mit beschlußreifen Abmachungen zu versammeln. Man hofft, auf diese Weise die Verhandlungen so beschleunigen zu können, daß die Friedenspräliminarien in zwei, spätestens in drei Wochen Deutschland mitgeteilt werden können.**

England braucht den Frieden.

hz. **Amsterdam, 21. März. Nach englischen Pressemeldungen ist der Generalstreik unvermeidlich, wenn die Regierung die Arbeiterforderungen nicht bewilligt. England stehe vor ernsten Gefahren, und nur der raschmöglichste Friede könne eine Lösung des Problems bringen.**

Der Völkerbund.

Amsterdam, 20. März. Der N. R. C. meldet aus Paris: Oberst House hat die Vertreter der verschiedenen europäischen und neutralen Staaten zu einer Konferenz eingeladen, die am Donnerstag nachmittag stattfinden wird. Es soll über die Teilnahme der neutralen Staaten am Völkerbunde beraten werden. Die Schweiz und Holland haben bereits Denkschriften vorgelegt, wonach sie sich unter der Bedingung dem Völkerbund anschließen, daß sie im Falle eines Krieges ihre Neutralität nicht aufzugeben brauchen.

Was sich liebt, das neckt sich!

wtb. **Paris,** 20. März. Ein von den japanischen Delegierten eingereichter Zusatzantrag für den Völkerbund sieht ein Uebereinkommen vor, wonach die kontrahierenden Mächte verpflichtet sind, innerhalb ihrer Grenzen allen Fremden, die Untertanen der zum Völkerbund gehörigen Staaten sind, gleiche und gerechte Behandlung angedeihen zu lassen. — (Amerika wird sich über diesen Zusatz, der die gelbe Gefahr in Amerika verewigen will, außerordentlich freuen. D. Schriftl.)

Um Danzig.

hb. **Berlin, 21. März. Die vom Obersten Rat der Alliierten vorgeschlagene Lösung des Zugangs Polens zur Ostsee trennt, wie die „Germania" schreibt, einen Teil deutschen Landes von dem übrigen Deutschland und spricht ihn dem neuen polnischen Reich zu, ohne den Willen der betroffenen Bevölkerung. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung für Deutschland ganz unannehmbar sei, und daß sich keine deutsche Regierung finden wird, die einen Friedensvertrag unterzeichnen würde, der eine derartige Bestimmung enthält.**

Vom Asiatenkorps.

wtb. **Hamburg, 20. März. Der Dampfer „Lilly Rickmer" ist heute nachmittag mit Truppen aus der Türkei auf der Elbe eingetroffen und in Quarantäne gelegt worden. Er wird voraussichtlich vor Sonnabend vormittag nicht nach Hamburg kommen. An Bord befinden sich 2000 Mann des Asiatenkorps.**

Die Chinadeutschen.

hz. **Rotterdam,** 21. März. Meldungen der englischen Presse zufolge sollten die drei Schiffe mit den aus China deportierten Deutschen am Sonnabend von Schanghai aus unter der Eskorte eines britischen Kreuzers nach Singapore abfahren. Die meisten deutschen Aerzte in Schanghai sind an Bord der Schiffe, aber die chinesische Regierung hat zuletzt noch einige Ausnahmen gemacht, darunter alle katholischen Missionare.

Das kaiserliche Privatvermögen.

T.U. **Genf,** 20. März. Der Weimarer Korrespondent des „Newyork American" telegraphiert seinem Blatte: Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle, daß Exkaiser Wilhelm bei der deutschen Regierung Geld verlangt hat. In seinem Gesuch hebt er hervor, daß es ungesetzlich sei, daß der ehemalige deutsche Kaiser fortfahre, von der Großmut seines holländischen Gastgebers abzuhängen. Er sei bereits gezwungen gewesen, von seinem Gastgeber 40 000 Gulden zu fordern. Man solle ihm wenigstens einen Teil seines Privatvermögens zur Verfügung stellen. Die Regierung gab dem Wunsche des Exkaisers Folge und ordnete eine Untersuchung an, um festzustellen, welcher Teil des Vermögens tatsächlich dem Kaiser gehört, und was der Regierung zukommt. Die Untersuchung ergab, daß der Kaiser gesetzlich ein Anrecht auf 75 Millionen erheben kann, doch hat die Regierung beschlossen, ihm vorläufig höchstens 600 000 Mark zuzusprechen.

Sie fragen nicht nach Rang und Stand.

Düsseldorf, 20. März. Nach einer Meldung der „Etoile Belge" hat das belgische Polizeigericht in Krefeld die Prinzessin Maria Eleonore von Arenberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und Geldstrafe von 5000 Franken verurteilt wegen Schmuggels von Briefen, die schwere beleidigende Anschuldigungen gegen die belgischen Truppen und eine Schilderung der alliierten Besatzung, die geeignet gewesen wären, die öffentliche Meinung in Deutschland irrezuführen, enthielten.

Die Steuern.

T.U. **Berlin,** 19. März. Entwürfe der neuen Reichssteuern liegen, wie die „B. Z." aus dem Reichsschatzamt erfährt, augenblicklich nur insoweit vor, als sie die kleineren indirekten Steuern betreffen. Die neue Vergnügungssteuer wird sich auf Theater, Kinos, Konzerte, Bälle und Jahrmarktsbelustigung erstrecken. Geplant ist eine Besteuerung der Eintrittskarten. Bei einem Eintrittspreis von einer Mark sollen 10 Pfennig Steuern erhoben werden, bei 20 Mark etwa 7 Mark. Die neue Tabaksteuer wird eine Banderolensteuer auf Zigarren sein. Die Steuer auf Spielkarten wird wesentlich verschärft werden. Bei den direkten Steuern wird die Reichserbschaftssteuer auch auf Deszendenten und Ehefrauen ausgedehnt werden.

Die preußische Landesversammlung.

Beginn der Sitzung nachmittags 3 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Hauses (1000 ℳ monatlich während der Tagung) wird ohne Erörterung in erster Lesung erledigt und in zweiter Lesung en bloc angenommen.

Die zweite Beratung der Notverfassung wird fortgesetzt.

Abg. Oesel (Dem.): Bezüglich der Frage des Staatspräsidenten werden wir erst Stellung nehmen, wenn uns der Entwurf der endgültigen Verfassung selbst vorliegt. Der § 3 des Notgesetzes, der dem Präsidenten der Landesversammlung die Einberufung der Regierung überträgt, ist selbst als vorübergehende Maßnahme nicht unbedenklich. Es ist ein Verlegenheitsparagraph. Da die Souveränität bei der Landesversammlung selbst liegt, so ist sie auch berechtigt, daß sie den Ministerpräsidenten wählt, der dann die übrigen Mitglieder beruft. Das beantragen wir. (Beifall.)

Abg. Gräfe (Dnat.) befürwortet einen Antrag seiner Partei auf Einsetzung eines Staatspräsidenten, der das Staatsministerium zu berufen habe.

Abg. Dr. Leidig (Deutsche Vp.) tritt für die Schaffung eines Staatspräsidenten ein.

Abg. Freymuth (Soz.): Wir wollen ein einheitliches Deutschland haben. Diesem idealen Gesichtspunkt widerstrebt die Einsetzung von Präsidenten in den Einzelstaaten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.): Aus unserem Bekenntnis zur Republik folgt ohne weiteres, daß wir den Staatspräsidenten ablehnen.

Nach Ablehnung aller Anträge wird der § 2 in der Fassung des Entwurfes (Berufung der Regierung durch den Präsidenten der Landesversammlung) aufrechterhalten.

Abg. Dr. Kreis (Dnat.) beantragt zu § 4 a, die früher dem König zustehenden Befugnisse auf die Staatsregierung zu übertragen.

Abg. Dr. Gade (Dem.) empfiehlt einen Antrag seiner Freunde, die Episkopatbefugnisse des Königs künftig auf 3 evangelische Minister zu übertragen.

§ 4 a wird unter Ablehnung sonstiger Aenderungen mit dem von Dr. Kreis befürworteten Zusatz angenommen.

Abg. Dr. Deerberg (Dnat.) beantragt die Aufnahme einer Bestimmung, wonach die von der vorläufigen Regierung erlassenen Verordnungen der Landesversammlung sofort zur Prüfung und Feststellung mit Gesetzeskraft vorzulegen sind.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung stützt sich bei dem Erlaß von Verordnungen nicht auf den Artikel 65 der alten Verfassung, sondern auf die durch die Revolution geschaffenen Tatsachen. Wir haben mit unseren Verordnungen eine Reihe berechtigter Forderungen des Volkes erfüllt, die keinen Aufschub duldeten. Von Rechtsunsicherheit kann nicht die Rede sein.

Abg. Krief (Deutschnat.) hält es für richtig, daß der Regierung ein gewisses Notverordnungsrecht in einer Zeit zustehen muß, in der die Landesversammlung aus tatsächlichen Gründen nicht zusammentreten kann.

Finanzminister Südekum: Es schweben zurzeit Verhandlungen wegen der Uebernahme aller Staatseisenbahnen auf das Reich. Dies soll bis zu einem bestimmten Termin im Wege des Vertrages geschehen. Ist das nicht durchführbar, dann wird die Regelung im Wege der Gesetzgebung erfolgen, wobei die finanzielle Seite der Sache einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen werden wird.

Der Rest der Vorlage wird unter Ablehnung aller Anträge angenommen.

In der 3. Lesung erklärte **Dr. Rosenfeld** (Unabh.), daß seine Partei wegen der Ablehnung des Rätesystems gegen die Vorlage stimmen werde.

Der Entwurf wird in dritter Beratung und in der Gesamtabstimmung nach dem Beschluß der zweiten Lesung mit der Aenderung angenommen, daß die Episkopatsbefugnisse des früheren Königs künftig drei evangelischen Ministern zustehen sollen.

Ministerpräsident Hirsch: Nach der Annahme der vorläufigen Verfassung erkläre ich namens der Regierung, daß wir unsere Aemter hiermit an die Landesversammlung zurückgeben.

Präsident Leinert: Ich bitte die Staatsregierung, ihre Aemter fortzuführen, bis ich in der Lage bin, eine neue Regierung zu berufen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Formelle Anfragen der Bestrebungen auf Abtrennung von preußischen Landesteilen.)

Schluß 6 Uhr.

Demokratischer Parteitag.

Berlin, 21. März. Die „Vossische Zeitung" meldet: Der geschäftsführende Ausschuß der deutschen demokratischen Partei hat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, den allgemeinen Parteitag der deutschen demokratischen Partei auf die Tage vom 17. bis 19. Mai nach Kassel einzuberufen.

Kleine Nachrichten.

Die Summe des in Belgien einzulösenden deutschen Geldes beträgt 7 Milliarden Mark.

Ueber die Erschießung von 34 Matrosen anläßlich des Spartakusaufstandes in Berlin ist die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

In Mailand und der Provinz Lombardei sind bolschewistische Unruhen ausgebrochen.

In München verlassen viele Bürger infolge der Aufforderung der Kommunisten zum Generalstreik und Verteilung von Waffen an die Arbeiter die Stadt.

Der deutsche Schoner „Meta" wurde von einem französischen Torpedobootszerstörer als Prise aufgebracht und in den Kopenhagener Hafen geschleppt.

Die niederösterreichische Landesversammlung hat die Landeswahlordnung angenommen, das Gesetz setzt das aktive Wahlrecht für die Reichsdeutschen für den Fall der Gegenseitigkeit fest.

Die Marconi-Gesellschaft hat der Times zufolge eine drahtlose Telefonverbindung zwischen Irland und Kanada hergestellt.

Die luxemburgische Kammer nahm einen Antrag an, in dem der Wunsch nach Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung des Landes ausgesprochen wird. Die luxemburgische Regierung ist nicht zu der Pariser Konferenz der Neutralen über den Völkerbund eingeladen worden.

„Daily Mail" meldet, daß Teile des englischen Heeres aus Belgien nach der Murmanküste überführt werden.

Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, die schwerverwundeten und kranken deutschen Kriegsgefangenen sofort heimzusenden.

Die ganze Ukraine ist jetzt in den Händen der Bolschewisten.

Die englischen Eisenbahner fordern die Einführung des Achtstundentages.

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung beschloß die Gründung einer staatlichen Universität und bewilligte hierfür eine Million.

Herford und Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

21. März.

Die künftige Gemeindewirtschaft.

Die Sozialisierungskommission hat der Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes über Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben überreicht.

Nach § 1 soll den Gemeinden das Recht der Vergesellschaftung für eine Reihe von Wirtschaftszweigen zugesprochen werden, ohne an staatliche Genehmigung gebunden zu sein. Dies bezieht sich auch auf Verkehrsunternehmungen, Licht-, Wasser- und Kraftversorgung, Beschaffung und Vertrieb von Nährmitteln, Herstellung von Kleinwohnungen, Anschlagwesen, Stellenvermittlung, Apotheken und Bestattungswesen. Die Gemeinde kann den Betrieb für eigene Rechnung führen, oder besondere Organe (Genossenschaften) oder Privatunternehmer genehmigen.

Nach § 2 würden die Gemeinden auch in anderen Wirtschaftszweigen Betriebe übernehmen dürfen, sofern diese vorwiegend für lokale Zwecke arbeiten.

In § 4 ist die Ausübung dieser Rechte an die Genehmigung der Landeszentralbehörde geknüpft, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weitgehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern.

Zur Schaffung von Verbänden solcher Gemeinden, die in Bezug auf den zu übernehmenden Wirtschaftszweig eine wirtschaftliche Einheit bilden, ordnet der § 3 an, daß auf Antrag einer oder mehrerer Gemeinden oder der Gemeindeaufsichtsbehörde der Zusammenschluß von der zuständigen Verwaltungsbehörde angeordnet werden kann.

So lange eine einheitliche Regelung durch das Reich noch aussteht, soll nach § 5 das zur Durchführung der Vergesellschaftung erforderliche Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeinden verliehen werden. Es bleibt den Gemeinden überlassen, ein genehmigtes Unternehmen vor Ablauf des Vertrages zu enteignen und nach den Vorschriften des Gesetzes zu entschädigen oder den Vertrag ablaufen zu lassen und das Unternehmen dann nach den Bedingungen des Vertrages zu übernehmen.

§ 7 überläßt es der Landesregierung, zu bestimmen, ob und in welcher Form der Bundesstaat selbst die aus dem Gesetzentwurf sich ergebenden Monopolrechte der Gemeinden an sich ziehen will.

Der Gesetzentwurf bildet lediglich einen Rahmen. Er schafft die Möglichkeit der Vergesellschaftung, sagt aber nicht über den Grad und Umfang im Einzelnen.

Die Ferkelpreise.

In allen Kreisteilen besteht große Unzufriedenheit über die hohen Preise für Ferkel. Es macht sich daher überall das Verlangen auf Festsetzung von Höchstpreisen für Ferkel bemerkbar. Eine Festsetzung von Höchstpreisen ist aber nicht angängig, weil das Landesfleischamt in Berlin sie als unzulässig bezeichnet. Dagegen wird die Ausfuhr von Ferkeln aus dem Landkreise Herford in andere Gebiete mit Ausnahme der Stadt Herford und der Stadt Bielefeld nur ausnahmsweise zugelassen werden. Hierdurch wird es voraussichtlich möglich sein, den Bedarf der Kreiseingesessenen Bevölkerung an Ferkeln zu decken, auch dürfte eine preismäßigende Wirkung nicht ausbleiben. Auf die unerlaubte Ausfuhr von Ferkeln müssen sowohl die Sicherheitsbeamten wie die gesamte Kreisbevölkerung ständig ihr Augenmerk richten. Die Ferkelzüchter werden aufgefordert, Ferkel zu angemessenen Preisen, die jedenfalls 4 ℳ für das Pfund Lebendgewicht nicht übersteigen dürfen, an die kreiseingesessene Bevölkerung abzugeben.

Etwas für jeden.

Sind Sie leicht erregbar? Wenn ja, dann versuchen Sie es einmal mit der Sprachreinigung. Sie mögen ein Hitzkopf sein, ein Gemütsleiden haben, von fieberhafter Unruhe gequält werden — denken Sie öfter über Verdeutschungen nach. Das wirkt wie ein Beruhigungspulver. Sind Sie ein ruhiger Mensch? Dann treiben Sie auch Sprachreinigung. Sie können ein schlagfertiger Redner, ein preisgekrönter Turner, ein sicherer Schütze sein, aber es ist fraglich, ob Ihre Nerven die ewigen Nörgeleien der Querköpfe aushalten. Können Sie das, dann ist's erreicht! Sind Sie ein schlechter Gesellschafter? Dann bringen Sie einmal die Rede auf die Sprachreinigung. Die ganze Gesellschaft wird Ihnen zuhören. Von witzigen Einfällen, lustigen Geschichten, ernsten Betrachtungen, tiefgründigen Untersuchungen wird es nur so hageln. Alle Anwesenden werden munter werden wie die Dackel, und Sie kommen mit einem Schlag in den Ruf eines anregenden Gesellschafters. Oder sind Sie ein guter Gesellschafter? Dann bringen Sie das Gespräch auch auf die Sprachreinigung. Sie werden in die Lage kommen, wo Sie Ihren Mann stehen müssen. Geist, Wissen, Lebenserfahrung, alle Ihre besten Eigenschaften können Sie leuchten lassen, und auf allen Ihren Gedankengängen wird man Ihnen folgen. In den schwersten Redeschlach-

ten werden Sie Sieger werden, wenn Sie den Fremdwörtern richtig auf den Leib rücken. Haben Sie Zeit? Suchen Sie Arbeit? Die Arbeit liegt auf der Straße. Schreiben Sie den Leuten, die mit ihren Fremdwörtern auf den Geschäftsschildern, Anschlagsäulen, Rechnungen, in Briefen, Anzeigen, Aufsätzen Sie ärgern, sie sollten lieber deutsch schreiben. Das ist eine der wichtigsten Arbeiten, mit der Sie Ihre Zeit ausfüllen und Ihre Langeweile vertreiben können. Haben Sie keine Zeit, die vielen Fremdwörter selbst zu verdeutschen? Dann benutzen Sie Briefe mit der gedruckten Aufschrift: „Kein Fremdwort für das, was deutsch gut ausgedrückt werden kann." Hängen Sie an Ihre Wand eine kleine Tafel mit der Mahnung: „Sprich deutsch, schreib deutsch!" Dann werden Sie von den Leuten, die mit Ihnen schriftlich verkehren, mit Fremdwörtern verschont bleiben und nicht mehr um Ihre Zeit und damit um Ihr Geld gebracht. Sind Sie wißbegierig? Dann treiben Sie Sprachreinigung. Sie verlangt Beherrschung aller Sprachen und Fächer, gewährt den tiefsten Einblick in die Staatskunst, die Volkswirtschaft, das Seelenleben u. lehrt Sie unsere Muttersprache genauer kennen, höher schätzen und besser gebrauchen, als es die Fremdwortfreunde tun. Wenn ich einen Menschen sprechen höre, der von dem Zusammenhang aller Dinge eine tiefe Ahnung hat, dann weiß ich, daß er auch für das Recht des deutschen Wortes eintritt. Damit will ich nun nicht sagen, daß ich, weil ich für das Recht des deutschen Wortes eintrete, auch eine tiefe .... Nein, so unbescheiden bin ich nicht.

Tesch (Köln).

= **Märzenschnee.** Nach dem warmen Frühlingswetter, wie es vom Beginn des Monats an vierzehn Tage ununterbrochen herrschte, und das sich in der vorigen Woche bereits zu 20 Grad Wärme verstiegen hatte, berührt der gegenwärtige Rückschlag besonders empfindlich. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die derzeitige Witterung für die Jahreszeit durchaus normal und daß auch Schneefall im März nichts Ungewöhnliches ist. Aber in diesem schneearmen Winter fiel schon das Schneegeriesel der letzten Tage die leichte Schneedecke von heute früh auf. Die gegenwärtige Kühle ist die Folge einer völligen Umschichtung der Luftdruckgebiete. Der höchste Druck ist vom Osten und Süden des Festlandes auf den Ozean gewandert, wogegen jetzt niedriger Luftdruck die Osthälfte Europas bedeckt. Dadurch erreichen uns kalte Seewinde aus nordwestlicher Richtung, während vorher trockene und warme Südostwinde vorherschten. Die Wetterlage bleibt zunächst noch unbeständig.

= **Eine sonderbare Himmelserscheinung,** so wird uns von geschätzter Seite geschrieben, war in den Nächten vom 14. bis 15 und vom 16. bis 17. März zu bemerken. Ein heller, in Regenbogenfarben schillernder Ring lag in weitem Umkreis um den Mond herum. Auf der Mitte dieses Kreises in der Richtung auf den Mittelpunkt des Himmels traf diesen Ring ein anderer Bogen, dessen Linien sich zu beiden Seiten nach Art einer Parabel oder Elipse im Himmelsraume verloren. Auch dieser Bogen zeigte ein buntes Farbenspiel, sodaß ein herrliches Bild entstand, das besonders um die Mitternachtstunde deutlich hervortrat. In der letzteren Nacht trat noch eine andere Reflexerscheinung hervor. Wenig außerhalb des oben beschriebenen Mondringes in gleicher Höhe mit dem Monde ansetzend, verlief ein kreisförmiger Bogen wie ein Stirnband um das ganze Himmelsgewölbe herum, und endigte auf der anderen Seite wieder etwas außerhalb des Mondkreises. Die Ansatzstellen zu beiden Seiten waren farbig besonders stark betont und erschienen im Gesamtbilde außerordentlich hell und fleckenhaft. Der Himmel war während des Auftretens dieser Reflexerscheinungen leicht verschleiert, und zwar war diese Schleierbildung hier und da von Wolkenadern durchsetzt und so schwach, daß fast überall die Sterne durchschimmern kommen. Der Anblick dieser eigenartigen Erscheinung übte, zumal in den Stunden um Mitternacht, einen starken Reiz aus.

= **Rückgabe der Kirchenglocken.** Dem erzbischöflichen Generalvikariat in Köln hat das Demobilmachungsamt in Berlin folgendes Schreiben zugehen lassen: „Gemäß der Verfügung der Metallmobilmachungsstelle wird sämtlichen Kirchengemeinden, deren Glocken sich noch auf den Lagern der kommunalen Sammelstellen, der Kriegsmetall A.-G., oder der Hüttenwerke befinden, ein Angebot auf Rückkauf der Glocken zugehen. Soweit Glocken, die bei den kommunalen Sammelstellen lagern, in Frage stehen, dürfte dieses Angebot inzwischen erfolgt sein. Unter den auf die Lager der Kriegsmetall-A.-G. bezw. Hüttenwerke abtransportierten Glocken findet augenblicklich noch eine eingehende Sichtung und Identitätsfestellung durch die zuständigen Stellen statt, so daß auch bezüglich dieses Materials mit einer baldigen Rückkaufsofferte zu rechnen ist. Es wird in dem Schreiben versichert, daß die Metallmobilmachungsstelle jeden nur möglichen Nachdruck einsetzen wird, um sämtlichen in Betracht kommenden Gemeinden zur Erlangung der von Ihnen gelieferten Glocken zu verhelfen. Diejenigen Gemeinden, denen ein Angebot im Laufe der nächsten Zeit nicht zugeht, müssen damit rechnen, daß ihre Glocken bereits zerschlagen und anderweitig verwandt worden sind."

= **Kein freier Aufkauf von Lebensmitteln im neutralen Auslande.** Die Z. E. G., der der Einkauf von Lebensmitteln im neutralen Auslande und deren Ausfuhr in das Reichsgebiet oblag, hat am 1. Januar 1919 ihre Tätigkeit eingestellt. Dies hat verschiedentlich zu der irrigen Annahme geführt, daß auch die Zentralisation der Einfuhr von Lebensmitteln aus den neutralen Staaten ihr Ende erreicht habe. Infolgedessen bemühen sich Aufkäufer im Auslande Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung zu erwerben. Gegen diesen freien Aufkauf haben die betreffenden Regierungen protestiert und erklärt, daß die Lebensmittellieferungen nur dann in der bisherigen Weise fortgesetzt würden, wenn die Zentralisation der Lebensmitteleinfuhr in Deutschland wie bisher weiter streng durchgeführt wird. Ferner wird, entgegengesetzt anderen Behauptungen, darauf hingewiesen, daß jeder private Einkauf im neutralen Auslande auf das deutsche Kontingent zur Anrechnung gelangt.

= **Die Wiederausgabe der Nickelmünzen** ist angeordnet worden. Der Reichskanzler hat an die ihm unterzeichneten Postdienststellen die Anweisung ergehen lassen, daß Nickelmünzen nicht mehr zurückzuhalten, sondern in Verkehr zu bringen sind.

= **Aus der Tabakbranche.** Der Verein der Zigarren- und Tabakladeninhaber weist durch die Tagespresse darauf hin, daß die Zigarrenhändler gezwungen sind, den meisten ihrer Lieferanten bei ihren Zigarettenbezügen einen gewissen Teil Zigaretten mit Hohlmundstück abzunehmen, und er ersucht die Raucher, dies zu berücksichtigen und es sich bei ihren Einkäufen gefallen zu lassen, daß ihnen namentlich bei den jetzigen Zigaretten auch einige mit Hohlmundstück abgegeben werden.

= **Das Räte-System.** Ein satirischveranlagter Leser schreibt der „Braunschw. Landesztg.": „Das Räte-System steht heute im Vordergrund allen Ratens. Man hat außer den beliebten A.- und S.-Räten schon Bauern-, Beamten-, Gefangenen-, Schüler-, Stadt-, Land- und Kreisräte, Sanitäts-, Justiz- und Medizinalräte, Ministerial-, Intendantur-, Betriebs- und wer weiß wieviel noch andere Räte. Und wo es noch nicht genügend Räte gibt, muß schleunigst zur Bildung neuer Räte geschritten werden. Nur einer Sorte von „Räten" ist man merklich feindlich gesinnt, obzwar diese „Räte" uns sehr wohl tun würden. Warum stellt man nicht die Streiks ein, um endlich die nötigen „Vorräte" zu bilden, woran doch der schreiendste Mangel ist? Denn gerade diese Räte bilden die Existenzberechtigung aller anderen Räte, weshalb diesen denn auch wohl das Prädikat „Vorräte" mit Fug und Recht zustehen dürfte."

= **An die Luft gesetzt.** Unser „ie"-Berichterstatter schreibt uns: „Zu meiner Lokalnotiz „An die Luft gesetzt" in Nr. 66 der „Herforder Zeitung" muß ich bemerken, daß ich die Aeußerungen über die in Frage kommende Frau auf Grund von Angaben gemacht habe, die mir selbst von verschiedenen Seiten gemacht worden sind. Sollten sich diese, wie es dem Anschein nach der Fall ist, als haltlos erweisen, so nehme ich hiermit meine Aeußerungen über den Lebenswandel der Frau zurück und bedaure, wenn ich ihr zu Unrecht zu nahe getreten sein sollte."

= **Musikverein.** Am Freitag nächster Woche veranstaltet der Verein ein interessantes Konzert, das einen großen Zuspruch erwarten dürfte, zumal wegen der schlechten Reiseverbindung der Solisten leider manche Veranstaltung ausfallen mußte. Es handelt sich um einen Märchen- und Volks-Liederabend. Als Märchenerzählerin von Ruf ist Frl. Anna Heckert-Hannover gewonnen. Das Berliner Terzett der Damen Else Knüttel (Sopran), Charlotte Ahrens (Mezzosopran) und Elisabeth Böhm (Alt) hat bereits in allen Großstädten mit seinen alten und neuen Volksweisen großen Anhang gefunden. Solch ein Programm dürfte gerade in dieser Zeit dankbare Aufnahme finden.

Amt Enger.

ch. **Enger,** 20. März. (Das Fleckfieber.) Der Zustand des Sanitätsrates Dr. Müller, der an Fleckfieber schwer danieder lag, hat sich gebessert; an eine Todesgefahr ist nicht mehr zu denken. Schon hatte man befürchtet, von dem beliebten und tüchtigen Arzt scheiden zu müssen, und darum wird die Kunde von seiner Besserung freudig begrüßt werden.

ch. **Dreyen,** 20. März. (Unterm Rad.) Von einem Auto wurde ein Schulkind erfaßt. Neben mehreren Schrammen trug es auch einen Rippenbruch davon. Innere Organe sind aber zum Glück nicht verletzt worden, so daß eine Lebensgefahr nicht vorliegt.

Der Wiederaufbau der Landwirtschaft.

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei in der Preußischen Landesversammlung hat folgenden Antrag Dr. Friedbergs Oeser, Dr. Rade und Genossen eingebracht:

Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, im Interesse der schwer auf der Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft beruhen muß, folgende Maßnahmen unverzüglich in die Wege zu leiten:

a) die schleunige Vermehrung und Sicherung der Erzeugung von künstlichen Düngemitteln (Kali, Stickstoff, Phosphate) und ihre gerechte und preiswerte Verteilung,

b) bei der erforderlichen Inanspruchnahme der Viehbestände auf die Milch- und Futtererzeugung sowie die Auf- und Nachzucht gebührend Rücksicht zu nehmen unter energischer Bekämpfung des Schleichhandels und angemessener Festsetzung der Schlachtviehpreise,

c) der Landwirtschaft die für ihre Betriebe erforderlichen Kohlen und Brennstoffe zur Verfügung zu stellen

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreise, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Autobus-Verbindung Lübbecke-Bünde-Salzuflen-Schieder.

Als vor Jahren unsere Kleinbahn gebaut wurde, begrüßte man allerorts mit Freuden, daß es nun einem Jeden, der an der Strecke lag, möglich wurde, auf schnellem und bequemen Wege Ziele zu erreichen, die vordem dem gewöhnlichen Sterblichen so gut wie unzugänglich waren. Wegen der schnellen Verbindungen aber war es nicht angängig, diese Kleinbahn so auszubauen, wie es wünschenswert gewesen wäre, und so mußten eine ganze Reihe von Ortschaften unberücksichtigt bleiben, die bis auf den heutigen Tag bitter über Verkehrsnot zu klagen berechtigt sind.

Deswegen wurden bald Projekte und Wünsche laut, die nach Abhilfe suchten und so entstand unter anderem der Plan, eine Elektrische Verbindung zwischen Bünde-Herford und Salzuflen zu schaffen. Der Wunsch nach dieser Verbindung ist vor allem jetzt, wo das reisende Publikum so schwer unter den Verkehrsnöten zu klagen hat, berechtigter, denn je. Wer im hiesigen Bezirke zu reisen hat um Aufträge zu holen und für die Arbeiterschaft Erwerb zu schaffen weiß genau, wie schwierig es ist — von lohnend nicht zu sprechen —, seine Zeit so auszunutzen, daß man nur einigermaßen rund kommt. Man frage nur Leute, die beispielsweise zwischen Lemgo-Herford-Enger-Bünde-Lübbecke und anderen Orten zu tun haben, was sie an Zeit und Nerven opfern müssen, um nur einigermaßen ihre Pflicht zu erfüllen. Dabei ist bis jetzt auch nicht ein Atom von Hoffnung auf Besserung der Lage vorhanden.

Wie schon gesagt, scheint das Projekt einer Elektrischen zwischen Bünde über Herford nach Salzuflen zu bestehen. Dieses würde sehr wohl einem Teile der Not steuern; damit ist aber denen noch nicht geholfen, die abseits dieser Strecke verkehren müssen, und wann ist Aussicht vorhanden, daß dieses Projekt so weit ist, um dem Verkehr übergeben werden zu können. Abgesehen von den hierzu notwendigen Aufwendungen an Material und Geld, steht auch die Zeit der Erfüllung dieses Planes entgegen, denn eine Elektrische läßt sich so leicht von heute auf morgen nicht beschaffen. Es muß also nach anderen Auswegen gesucht werden.

Solche sind vorhanden, und mit einigermaßen gutem Willen auch ausführbar.

Man bediene sich des Auto-Omnibusses! — Wir haben im Kreise viele Arbeiter, Fabrikanten, Reisende und sonstiges Publikum, die ihn täglich wiederholt benutzen dürften. Arbeiter, die in den Städten ihrem Erwerb nachgehen, Fabrikanten, vor allem in der Zigarren- und Konfektionsbranche, die ihre ländlichen Filialen zu besuchen haben, und Privatleute, die in den Städten ihre Einkäufe erledigen wollen, sie alle würden von der „Autobuslinie" profitieren.

Es handelt sich nur darum, wie man eine derartige Einrichtung rentabel macht, und wer sie begründet.

Um über die Rentabilität hier zu sprechen, würde zu weit führen, sie interessiert in erster Linie auch nur die, die sich an dem Geschäfte finanziell beteiligen. Man erwäge aber nur, ob beispielsweise eine Verbindung zwischen Lübbecke-Bünde-Herford-Salzuflen-Lemgo-Blomberg-Schieder, eine andere Herford-Bielefeld usw. sich nicht bezahlt machen würde. Mit zweihunderttausend Mark Kapital läßt sich hier schon allerhand schaffen.

Wer nun diese Einrichtung begründet, das bleibt in erster Linie denen überlassen, die sich, sei es aus geschäftlichen, sei es aus spekulativen Gründen hierfür am meisten interessieren. Sollte es nicht auch möglich sein, zu einem derartigen Unternehmen in erster Linie die beteiligten Ortschaften, ev. auch eine mit der Gestellung der Fahrzeuge betraute Automobilfirma heranzuziehen. Es läßt sich doch sonst immer da, wo ein Wille ist, auch ein Weg finden.

Abhülfe tut jedenfalls not und wäre es wünschenswert, im Interesse von Industrie, Handel und Verkehr auch mal andere Vorschläge zu hören, die hier Abhülfe schaffen und ev. diesen oder einen anderen Vorschlag auszubauen helfen.

In der Montagnummer des „Herforder Kreisblattes" veröffentlichte Polizeiinspektor Voigt ein „Eingesandt", von dem eine Behauptung nicht unwidersprochen bleiben darf. Der Inhalt des Eingesandts selbst, eine Widerlegung angeblicher Angriffe des Artisten Deutgen gegen den Polizeiinspektor, kann hier außer Betracht bleiben. Den Beschuldigungen gegenüber stellt er es als für ihn selbstverständlich hin, auch weiter seine Pflicht zu tun und die Anordnungen seiner Behörde und der Regierung zu befolgen. Und diese Regierung bezeichnet der Polizeiinspektor als „jetzt republikanisch und rein sozialdemokratisch". Nein, Herr Polizeiinspektor, soweit sind wir in Deutschland noch nicht, daß wir eine rein sozialdemokratische Regierung hätten. Gerade der Ausfall der Wahlen hat mit unwiderleglicher Deutlichkeit gezeigt, daß weite Volkskreise, ja die Mehrheit unseres Volkes von einer sozialistischen Regierung nicht das Mindeste wissen will. Ich nehme eher an, daß dem Herrn Polizeiinspektor in der Hitze des Gefechts nur ein Schreibfehler unterlaufen ist, denn ich möchte nicht annehmen, daß der Mann, dem die Polizei unterstellt ist, den geschehenen unabänderlichen Tatsachen der Revolution so fern stehen sollte, daß er den klaren Blick für diese Tatsachen verloren hätte. Welchen Zweck hätten denn sonst alle Wahlkämpfe gehabt als letzten Endes den, eine sozialistische Mehrheit im Reich, Staat und Gemeinde zu verhindern? Sollte in derartigen Aeußerungen nicht der Beweis liegen, daß es trotz der furchtbaren Ereignisse noch immer Leute gibt, die ihr Wesen nicht verstanden haben?

Dr. Becker.

---

r. **Minden,** 19. März. Zur Behebung der Wohnungsnot fordert die Stadt alle Besitzer leerstehender Fabriken, Scheunen und Speicher auf, diese durch- und umzubauen und für Kleinwohnungen einzurichten. In Weigerungsfällen übernimmt die Stadt selbst durch Abmietung von den Besitzern die Gebäude, läßt sie auf ihre Kosten umbauen und herrichten. — Der Mindener Gemeinnützige Bauverein hat den Bau von acht Einfamilienhäusern zum Herbst dieses Jahres in seiner bisherigen Kolonie an der Dessauerstraße beschlossen. Mit dem Bau wird sofort begonnen.

Lippische Fürstentümer.

Detmold, 19. März. Eine fette Beute konnte in der letzten Nacht durch unsere Schutzmannschaft einer Diebesbande abgejagt werden. Die Spitzbuben, die mit einem Gespann nach Detmold gekommen waren, hatten bereits dem Gastwirt Rieding (Gasthof Fürst Leopold) drei Schweine gestohlen und wollten diese wegtreiben, als der diensttuende Schutzmann hinzukam. Dieser wurde von der Diebesbande sofort mit Schüssen empfangen, und als er dann selbst zur Schußwaffe griff und einige Schüsse auf die vier Personen abgab, verschwanden diese schleunigst auf dem Wagen und fuhren, was das Zeug halten konnte, in der Richtung nach Lage davon. Die dem Besitzer zurückgegebenen Schweine hatten einen Wert von 1000 *M*. Bei einer Haussuchung in einem Gebäude an der Meinbergstraße konnte die Polizei ein Rindervorderviertel im Gewichte von 132 Pfund beschlagnahmen.

Ein Kaiser als Zeuge.

fh. **Wien,** 19. März. Die Frage, ob ein früherer Kaiser als Zeuge geladen werden kann, beschäftigte in einer Diebstahlsverhandlung das Wiener Kriegsgericht. Bekanntlich steht nach der deutschen und auch für Oesterreich geltenden Strafprozeßordnung den Kaisern der beiden Reiche das Recht zu, sich im Falle einer Zeugenladung durch einen beauftragten Richter in ihrer Residenz vernehmen zu lassen. Nach dem Thronverzicht könnte es fraglich sein, ob ihnen diese Rechtswohltat noch zusteht. Im vorliegenden Falle sollte Kaiser Karl von Habsburg darüber vernommen werden, ob er durch einen Erlaß die in der Kaserne seines Schlosses Schönbrunn befindliche Einrichtung und Ausrüstung den kaiserlichen Gardisten geschenkt habe. Diese Einrichtung war sehr wertvoll und wurde von den Gardisten in die Tschecho-Slowakei, nach Ungarn oder sonstwohin in ihre Heimat mitgenommen, während der Rest der Sachen in einem Magazin der Gardekaserne untergebracht wurde. Hier stahl ein Hornist Pronaska von der Wiener Volkswehr eine seidene Steppdecke, weshalb der Verteidiger des Angeklagten in der Verhandlung die Vernehmung des früheren Kaisers darüber beantragte, daß dieser unmöglich Staatsgut an seine Garde verschenkt haben könne. Wenn aber die gestohlene Decke Privateigentum des Kaisers war, war von dem Angeklagten also kein Staatsgut geraubt worden, es liege nur ein Vergehen des Diebstahls vor. Das Kriegsgericht lehnte den Antrag auf Vernehmung des Karl Habsburg ab in der Erwägung, daß er kaum eine Auskunft über eine nebensächliche Frage würde geben können. Das Urteil lautete auf eine Woche Garnisonsarrest mit der Begründung, daß es rechtlich gleichgültig sei, ob die Decke staatliches oder Eigentum des früheren Kaisers gewesen sei, da zum Tatbestand des Raubes neben der Eigenschaft des Gutes als staatliches, auch noch ein höherer Wert Vorbedingung sei.

Viehmarkt.

bd. **Minden,** 19. März. Auf dem gestrigen Viehmarkt standen 43 Ferkel und 4 Läuferschweine, 10 Pferde, 1 Maulesel und 7 Ziegen zum Verkauf. Ferkel kosteten 130—200 *M*, Läufer 200—240 *M*, mittlere Pferde 2000—2500 *M*, leichtere 1500 bis 2000 *M*. Der Maulesel wurde mit 3000 *M* bezahlt. Ziegen kosteten 200 bis 360 *M*.

Verantwortlich für den Textteil: Erich K. Maasch, für den Anzeigenteil: G. Bese, beide in Herford.

Herford, den 20. März 1919.

Heute morgen 7 Uhr, starb nach kurzer Krankheit unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel

August Brackmann

im Alter von 76 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Brackmann
nebst allen Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. März, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Göbenstr. 85, aus statt.

Milchkannen.

In der **Turnhalle Wilhelmsplatz** stehen 129 Stück gebrauchte Milchkannen, 20 und 30 Liter fassend, zum Verkauf.

Herford, den 20. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. Februar 1919 bis 18. März 1919 wurden bei uns gemeldet:

a) als gefunden: Verschiedene Geldbeträge in Papier, mehrere Portemonaies mit Inhalt, 1 schwarzer Muff, 1 Beil;

b) als verloren: 1 goldener Kneifer, 1 größerer Geldbetrag, 1 weiße Perlenhalskette, 1 Korallenkette, 1 Bernsteinkette, 1 goldene Armbanduhr, 1 schwarzes Plüschtäschchen, mehrere Brieftaschen, 1 Geldtasche.

Herford, den 18. März 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Am 19. März entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser hochverehrter Chef

Herr Georg Hoffmann

Sein frühes Hinscheiden bedauern wir schmerzlich und verlieren wir in ihm einen wohlwollenden Vorgesetzten.

Ehre seinem Andenken.

Das Personal
der Firma Herm. Wemmer Nachf.

Herford, den 20. März 1919

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns so schmerzlich betroffenen Verlust unserer lieben Entschlafenen und für die großen Kranzspenden danken wir herzlichst.

Familie A. Danielmeier.

I. Hauptversammlung

der vereinigten Beamtenschaft von Herford und Umgegend am Montag, den 24. März, abends 7½ Uhr, im Ev. Vereinshause.

Tagesordnung:

Begrüßung durch den Vorsitzenden.
Kassenbericht.
Vortrag: **Beamtenschaft und Gegenwart.**
Ref. Verbandssekretär Lenz-Berlin.

Die ganze Beamtenschaft auch Nichtmitglieder und Frauen werden hierzu frdl. eingeladen.

Der Beamten-Ausschuß.

Lichtspielhaus Wittekind

Höckerstrasse 5 Fernsprecher 690.

Sonnabend, d. 22. März, nachm. 3 Uhr
(Einlass 2 Uhr, Ende gegen 4¾ Uhr)

Aus einem neuen Märchenlande.

Vortrag Richard Olmes'scher Märchendichtungen, gehalten von Frau Else Olmes-Bredo

mit zahlreichen prächtigen Lichtbildern

von

Ant. C. Baworowski, München.

Vortragsfolge:

Das blinde Brüderchen. — Die Spielzeughexe. — Das weisse Hirschlein. — Die Wundergans.

(Die Auswahl ist besonders auch für die mittlere und reifere Jugend getroffen.)

Im Vorverkauf
in der Buchhandlung Menckhoff:
3. Platz 60 Pfg., 2. Platz 90 Pfg.,
1. Platz 1,20 Mk., Loge 1,50 Mk.

Kassenpreise:
3. Platz 70 Pfg., 2. Platz 99 Pfg.,
1. Platz 1,40 Mk., Loge 1,75 Mk.

Presse-Urteile: . . . Mit einer edlen, sorgfältig gewählten Sprache verbinden die Olmes'schen Märchen den Vorzug neuer, fesselnder Ideen; der die Kinderseele so anheimelnde schlichte Märchenton ist aufs glücklichste getroffen. Der Vortrag war von zahlreichen schönen u. künstlerisch ausgeführten Lichtbildern begleitet . . .

(Rh.-Westf. Zeitung Nr. 353.)

. . . Die Olmes'schen Märchen, die echte deutsche Märchen sind im Geist u. Wesen, zeichnen sich durch eine bildreiche und doch schlichte Sprache aus; vor allem berührt ein feines Mitgefühl für die Tierwelt sympathisch. Mit zahlreichen schönen Lichtbildern verbunden zeichnet grosse Anschaulichkeit die Märchenvorträge aus. Sie weckten bei den Hörern, ob gross, ob klein, lebhafte Freude, die sich für Dichter und Vortragende in dankbarem Beifall ausdrückte.

(Essener Allg. Ztg. Nr. 353.)

Sonnen-Swendhof

Habe
Fernsprecher 524.
Heinrich Kiel,
Malermeister, Schlosserstr. 12.

---

50 Waggon

Brennholz

hauptsächlich Buche, 1 Meter aufwärts lang bis ca. 30 cm stark, ab Nähe Altenbeken billigst abzugeben.

Albert Müller,
Holz-Großhdlg.,
Cassel, Ob. Königsstraße 39.

Guten trockenen

Torf

für Heizungszwecke à Zentr. Mk. 5.20 ab Lager hat abzugeben.

H. Heinrich Müller,
Kohlenhan. Inng
—: Engerstraße 32. :—

Bohnenstangen

treffen in nächster Zeit ein.
Bestellungen nehme ich schon jetzt entgegen.

Holzhandlung Kuhfuss,
Bergertor.

Buchen-Brennholz

auf Ofenlänge geschnitten, einige Fuder abzugeben.

Holzhandlung Kuhfuß,
Bergertor.

Altes Gold und Silber

kauft stets zu höchsten Preisen.
H. Schlüter, Juwelier,
(Fernruf 325).

Seidefreie

Rotklee-Saat

in einigen Tagen wieder vorrätig.

Heinrich Rolting, Rennstr.
Samenhandlung.

Ein Photograph.-Apparat

mit sämtlichem Zubehör zu verkaufen.

Wilh. Köster,
Lübberlindenstr. 109.



Kaufe
Schlachtpferde
zu höchsten Tagespreisen. Bei Unglücksfällen sofortige Erledigung.

E. Bieregge,
Roßschlachter, Mittelstraße.

Wir kaufen die Zeitung
Nr. 64
zurück
Herforder Zeitung
für Stadt und Land.

Drucksachen

für den Privat- u. Geschäfts-Verkehr liefert schnell und in sauberster Ausführung

Fr. Kuhle, Buchdruckerei.

Lichtspielhaus „Wittekind".

Pax aeterna
Opium
Das
Himmelsschiff
Das gelbe Haus.



Freiw. Feuerwehr Herford.
Freitag, d. 21. März abends 8 Uhr:
Uebung
Der Brandmeister.

F.-K. „Union" 08

Versammlung

Sonnabend, d. 22. März, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Winkelmann. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Bäcker- u. Konditor-Innung, Herford.

Sonnabend, d. 22. März, nachm. 3 Uhr, findet im Rathause eine

Versammlung

der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bäckergewerbe (Gesellen über 20 Jahre) des Stadtkreises Herford, statt.

Tages-Ordnung:
Gründung des Fachausschusses.
Wegen der Wichtigkeit der Fachausschüsse werden sämtliche Meister sowie Gesellen hierdurch freundl. eingeladen. Die Meister werden gebeten, ihre Gesellen hiervon in Kenntnis zu setzen. Keiner darf fehlen.

Kleine, Obermeister.

Gesucht wird für einige Stunden am Tage saubere

Frau oder Mädchen.

Meldungen abends nach 6 Uhr
Hämelingerstr. 14, II.

Suche zum 1. Mai ds. Js. ein gutes

Mädchen

im Alter von 18—20 Jahren.

Frau F. Brinkmann,
Elverdisserstraße Nr. 1.

Person,

redegewandt, für den hiesigen Bezirk gesucht. Kriegsbeschädigter findet Berücksichtigung. Offerten unter N 553 an die Annonc.-Exped. **Karl Gehring, Bielefeld.**

Im Haushalt erfahrenes Mädchen, vom Lande, 35 Jahre alt, evang., sucht

Stellung

zum 1. April zur Führung eines frauenl. Hausb. Off. unt. 6340 an die Geschäftsst. dies. Ztg.

Schulentlassen. Mädchen

für halbe Tage gesucht.

Nachzufr. in der Geschäftsst. dies. Zeitung unter 6320.

Ankerwickler

in allen Reparaturen an Gleich- u. Drehstrommaschinen durchaus erfahren f. Reparaturwerkstätte gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung. unter 6212 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Ankerwickelei.

Welcher Fachmann erteilt strebsamen Elektriker praktische Anleitung auf diesem Gebiete, und kontrolliert die Arbeit.

Gefl. Angebote mit Vergütungsanspruch unter 6213 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Sofort oder später sucht kinderloses älteres Ehepaar bessere 4- oder 5räumige

Wohnung,

am liebsten abgeschl. Etage in der Umgegend von Herford. Offerten erbittet

Bernhard Wachtel,
Werden (Rhr.), Hechtr. 23.

Esszimmer!

Verkaufe wegen Raummangel mein fläm. Esszimmer, massiv Eiche, Stühle mit echt. Rindleder, noch vollständig neu, für 3000,— Mk.

Angebote unter F. B. 6233 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Freibank (Schlachthof).

Sonnabend morgen 9 Uhr.

Fussball-Wettspiel

Herford-Bielefeld

Sonntag, den 23. März, nachm. 2½ Uhr

auf dem Spielplatz am Waldfrieden.

Spielvereinigung Herford — V. f. B. Bielefeld

(frühere Liga-, jetzige A1-Klasse).

Gewerbe-Verein.

Sonnabend, d. 22. März, abends 8¼ Uhr, im Evangelischen Vereinshaus:

Rezitations-Abend

Rezitator: Herr Heidbreder.

Eintritt 25 Pfg.

Ich bin zum

Notar

ernannt.

Sprechstunden:
Werktags vormittags 8—12 Uhr
nachmittags 4—6 Uhr.
(Sonnabend nachmittags geschlossen.)

Dr. Jacobsen,
Rechtsanwalt und Notar, Herford.

Kameraden!

Bolschewismus und polnische Gefahr sind noch immer nicht beseitigt. Die Regierung braucht noch dringend wehrfähige Männer.

Freiwillige heraus

zum

Freikorps Hülsen!

Sämtliche Dienstgrade aller Waffengattungen werden benötigt, ebenso Handwerker.

Mobile K.-Löhnung. 150 Mk. monatliche Zulage. Freie Verpflegung, Unterbringung und Ausrüstung. Familien-Unterstützung, Versorgungsansprüche usw.

Meldet Euch mit Paß, Entlassungsschein und polizeilichem Führungszeugnis — mindestens den beiden letzteren — bei den Werbebüro

in **Minden** i. W. Regierungsgebäude
Zimmer 92, Telefon 1213/1214
oder
in **Bielefeld,** Schillerstr 8, Telef. 2748.

Fahrgeld wird bei Annahme ersetzt. Von dort erfolgt Inmarschsetzung zunächst nach Berlin.

Freikorps Hülsen.

Anmerkung: Ungediente werden z. Z. nicht eingestellt.

Zwangsverkauf.

Sonnabend, den 22. März, vormittags 11 Uhr, werde ich in meinem Auktionslokale beim **Wirt Halemeyer** hierselbst

etwa 12000 Paar Holzsohlen

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Füllgrabe, Gerichtsvollzieher.

Tüchtige I. Putzarbeiterin

zur Aushülfe sofort gesucht.

Geschw. Kuhlmann, Rennstrasse 43.

Zu verpachten oder zu verkaufen!
Nähe Teutoburgerwald

kleineres Sägewerk

Dampfkraft ohne Kohlenfeuerung, elektr. Licht, mit guten Eichenrundholzvorräten, an energischen und kapitalkräftigen Fachmann. Schnell entschlossene Interessenten wollen Anfragen unter 6235 an die Geschäftsstelle der Herforder Zeitung richten.

Von einem auswärtigen Kommunalverbande erhalten wir einen großen Posten

Erbsen, große Bohnen,

verschiedene Sorten

Klee und Grassamen.

Der Verkauf beginnt am Montag, den 24. d. Mts.

Gemüse- und Obstmarkt,
G. m. b. H., nur Arndtstr. 6.

Kopfwäsche

kann von jetzt ab durch eine **neue elektr. Trockenanlage** im vollen Umfange wieder ausgeführt werden.

Damenfrisier-Salon
Paul Tiemann,
Rennstrasse 17.

Aufruf.

Wohl niemand ist durch die Ereignisse aus November 1918 schwerer getroffen, als unsere heute noch in ferner Fremde schmachtenden **Kriegsgefangenen.** Für sie ist der Krieg noch nicht beendet. Zu den härtesten Arbeiten herangezogen, unter dem Joche eines siegestrunkenen Feindes, in banger Sorge um Vaterland und eigene Zukunft, fristen sie ihre traurigen Tage **hinter dem Stacheldraht.** Und dabei sind es bei der jetzigen Art der Kriegsführung oft gerade die Tapfersten und Besten gewesen, die ausharrend in die Hände der Feinde gefallen sind.

Gott gebe, daß es dem Drängen der Reichsregierung und des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen gelingen möge, daß sie bald zurückkehren.

Noch weiß niemand wann das sein wird, aber wenn sie endlich kommen werden, das soll jeden freudig von ihnen erfahren.

Sie sind nicht von uns vergessen.

Von seelischen und körperlichen Leiden wollen wir sie heilen, den Gesunden wollen wir zur Arbeit helfen, die Bedürftigen unterstützen, sie alle festlich und herzlich empfangen! Es wird erforderlich sein, sie zunächst für kurze Zeit in Uebergangslägern aufzunehmen. Für das VII. A. K. sind das die Lager in Münster und Dülmen. Hier bietet sich uns die schönste Gelegenheit, uns ihrer anzunehmen, ihnen unsere **Nächstenliebe und Treue** zu beweisen. Dazu werden zwar große Mittel erforderlich sein, aber bei diesem Zwecke dürfen wir felsenfest auf

die alte westfälische Opferwilligkeit

vertrauen. Helft uns alle. Es gilt, soweit es in unseren Kräften steht, in wenigen Tagen harte Leiden langer Monate wieder gut zu machen.

Als

Opfertag für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen

ist in der Stadt **Herford**

Sonntag, der 30. März

bestimmt.

An diesem Tage werden Schülerinnen der oberen Klassen des Lyzeums mit vom Magistrat bescheinigten Sammellisten von Haus zu Haus gehen.

An alle Männer und Frauen richten wir die freundliche Bitte, zu der Spende eine Gabe beizusteuern. Auch die geringsten Gaben sind willkommen.

Eine Sammelstelle ist in der Kämmereikasse eingerichtet.

Herford, den 15. März 1919.

Der Kreisverein vom Roten Kreuz Herford-Stadt.

Der Vaterländische Frauenverein.
Zweigverein Herford.

Schultornister

in großer Auswahl.

C. A. Laux Herford,
Gehrenberg 24.

Handesregister des Amtsgerichts zu Herford.

In unser Handels-Register Abt. B. ist bei der Firma **Stiegelmeyer & Co, G. m. b. H.** in **Herford** (Nr. 34 des Regisiters) am 18. März 1919 folgendes eingetragen worden:

Der Kaufmann Heinrich Zink und Kaufmann Dietrich von Hollen, sämtlich in Herford sind Gesamtprokuristen. Beide zeichnen und vertreten die Firma gemeinsam.

Technikum Lemgo (Lippe).

Bauschule 4 Halbj. Ziegelerschule (Techniker 4, Ziegelmeister 2 Halbj.) Maschinenbauschule (Ingenieure 5, Techniker 4, Werkmeister 2 Halbj.) Beginn 2. April und 24. Oktober. Satzung frei durch den Leiter

Gustav Thoke.